

## 8. Mai 2010

# 65. Jahrestag der Befreiung

Am 8. Mai 2010 wird europaweit des 65. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg gedacht. Auch die Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der LINKEN sind bundesweit zur aktiven Teilnahme und angemessenen Würdigung dieses Jubiläums aufgerufen, das in der Öffentlichkeit zu Recht eine besondere Aufmerksamkeit finden wird. Zu einer guten Tradition ist es dabei geworden, dass wir dieses Ereignis nicht für uns

unser Erbe, unsere Wurzel und unsere Aufgabe!

In diesem Jahr wird gewiss auch stärker als sonst regierungsoffiziell unter dem verschleiernenden und inhaltlich nicht korrekten Verweis auf das Ende des Zweiten Weltkrieges - der bekanntlich in Asien noch bis zum Sommer 1945 dauerte - des 8. Mai 1945 gedacht. Noch immer tut sich die politische Klasse der Bundesrepublik mit der Einschätzung des damaligen

die Deutschen waren, die diesen Krieg begonnen und unendliches Leid über die Welt gebracht haben. Für DIE LINKE, ist dieser Tag also vor allem ein Tag des Sieges und der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Im Mittelpunkt steht für uns das Gedenken an die Opfer und die Würdigung der gewaltigen Leistungen aller Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition. Ein zentrales Anliegen ist es uns dabei, besonderes diejenigen zu würdigen, welche die Hauptlast des Krieges



allein, sondern gemeinsam mit den letzten noch lebenden Antifaschistinnen und Antifaschisten jener Generation und den Angehörigen von Opfern der Nazidiktatur aus Deutschland und aus ganz Europa gedenken. Damit ehren wir diese Menschen und erneuern zugleich das Band, das uns als Partei mit dem Widerstand gegen Krieg und Faschismus verbindet. Auch und gerade weil wir eine noch junge Partei sind, mit Tausenden neuen Mitgliedern, wollen wir besonders an diesem Tag zeigen: Der Antifaschismus ist und bleibt

Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede von 1985 schwer, dass dieses Datum den „Tag der Befreiung“ verkörpert. Realität und linker Anspruch deutscher Erinnerungspolitik fallen nach wie vor weit auseinander. Auch DIE LINKE respektiert selbstverständlich die Trauer vieler Menschen um verlorene Angehörige und den Verlust der ehemaligen Heimat, soweit diese Gefühle persönlicher Natur und das Gedenken frei von jeglichem Revanchismus sind. Aber gerade auch wir sagen immer wieder, dass es

und des Sieges getragen haben: Die Sowjetunion und ihre Rote Armee. Es tut sonst niemand, wie man nicht zuletzt am Zustand so mancher Gedenkstätte sehen kann. Ebenso gedenken wir des Kampfes und des Leides der Partisanen und Widerstandskämpferinnen und -kämpfer sowie all derer, die mit Zivilcourage und schlichter Mitmenschlichkeit sich selbst und andere nicht aufgaben. Es ist dieser Tag uns allen zugleich ein willkommener Anlass, an die Aktualität der Lehren der Geschichte zu erinnern, wie sie sich insbesondere

im Schwur von Buchenwald manifestiert: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig“.

In Leipzig wird es in den Tagen um den 8. Mai vielfältige Aktivitäten zur Feier des 65. Jahrestages der Befreiung geben, die unser Stadtverband entweder direkt organisiert oder an denen wir

uns in unterstützender Art und Weise beteiligen. Neben einer geschichtspolitischen Konferenz, einer gemeinsamen Festveranstaltung mit dem Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e.V. und einer von uns organisierten Ausstellung russisch-jüdischer Maler aus Sachsen im Gohliser SchLOSSchen, mit der wir einen kleinen Beitrag zur weiteren Renaissance des Judentums im Freistaat leisten wollen, nehmen wir selbstverständlich auch an der offensiven und weiterhin höchst dringlichen Auseinandersetzung mit neonazistischen Kräften teil. Unter dem Motto „Schließung

des Nazi-Zentrums in der Odermannstrasse“ leistet die Leipziger LINKE einen wichtigen Beitrag bei der Vorbereitung und Durchführung des von einem breiten Bündnis getragenen antifaschistischen Aktionstages auf dem Lindenauer Markt am 8. Mai 2010. Wir bauen darauf, dass sich wie bei den erfolgreichen Protesten gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden, wiederum viele Mitglieder des Stadtverbandes auch an dieser Widerstandsaktion aktiv beteiligen.

Dr. Volker Külöw

## Aktivitäten in Leipzig anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus

**2. Mai 2010**, 9:00 bis 14:30 Uhr: 11. Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche unter der Schirmherrschaft von Peter Sodann, veranstaltet von der Initiativgruppe „Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche 1945“ in Wurzzen und Leipzig; Eröffnung 9:00 Uhr am Mahnmal in Abtnaundorf, Theklaer Straße

**8. Mai 2010**, 10:00 bis 18:00 Uhr: das Leipziger Bündnis „65. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg und Protesttag gegen das Nazi-Zentrum in Lindenau“ führt unter Mitwirkung des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig ein ganztägiges Programm auf dem Lindenauer Markt durch

**8. Mai 2010**, 15:00 bis 18:00 Uhr: „Der 8. Mai 1945 – 65 Jahre danach.

Realität und linker Anspruch deutscher Erinnerungspolitik.“ Gemeinsame Konferenz von DIE LINKE. Sachsen und VVN/BdA Sachsen anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus.

Ort: Theater der Jungen Welt, Kleine Bühne, Demmeringstraße 22 (am Lindenauer Markt)

Ablauf:

15:00 Uhr Eröffnung durch Rico Gebhardt, Landesvorsitzenden DIE LINKE. Sachsen

15:10 Uhr Einstiegsreferat von Prof. Wolfgang Wippermann, Historiker (Berlin)

15:45 Uhr Podium zum Hauptthema u. a. mit Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, Historiker; Gerd Wiegel, Politikwissenschaftler; Ludwig Baumann, ehemaliger Wehrmachtsdeserteur;

Helgard Wilsch, Geschichtslehrerin  
Moderator: Michael Bartsch, freier Journalist

17:30 Uhr Schlusswort Prof. Dr. Klaus Kinner, Geschäftsführer der RLS im Anschluss musikalischer Ausklang im „Café Lindex“

**9. Mai 2010:** In Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e. V. Durchführung der Ausstellung „Russisch-jüdische Maler in Sachsen“ in den Westarkaden des Gohliser SchLOSSchen durch DIE LINKE. Leipzig (bis 26. Mai 2010)

**9. Mai 2010**, 15:00 Uhr: Festkonzert anlässlich des Tages des Sieges in der Alten Handelsbörse; gemeinsame Veranstaltung DIE LINKE. Leipzig mit der Stadtratsfraktion und dem Jüdischen Forum beim Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e. V.

2010

- Supervision zu Links hilft!
- Stand Gründung Stadtbezirksverband Alt-West
- Einberufung der 2. Tagung des 2. Stadtparteitages
- Beschluss des Entwurfes der Ökologischen Leitlinien und Weitergabe zur Diskussion an Basis

### weitere Termine

- 22. April Girlsday
- 30. April Courage-Konzert
- 1. Mai Demo und Kundgebung
- 2. Mai Gedenkmarsch
- 8. Mai 65. Jahrestag der Befreiung
- 15./16. Mai Bundesparteitag

## Arbeitsplan des Stadtvorstandes bis Juni 2010

### 13. April 2010

- SV im Dialog mit der Ökologischen Plattform zur Erarbeitung der ökologischen Leitlinien
- Verständigung zum zeitlichen Ablauf der Programmdebatte in Leipzig
- Vorstellung des Landesgruppenbüros der sächsischen Bundestagsgruppe
- Stand Gründung Stadtbezirksverband Südost

### 11. Mai 2010

- Berichterstattung der AG Senioren zum Thema: „Neue Kultur des Alterns und des Alters“

- Auswertung Veranstaltungen 8. Mai
- Auswertung der Wahlen in NRW
- Finanzabrechnung I/2010
- Vorstellung und Diskussion Neumitgliederkonzept
- Stand Gründung Stadtbezirksverband Nordost
- Vorbereitung Sommerfest am 13. August
- Stand Umsetzung der Vereinbarung mit der Stadtratsfraktion

### 8. Juni 2010

- Auswertung Bundesparteitag
- Beschluss Arbeitsplan 2. Halbjahr

5. Juni Kinderfest

18. Juni Fest der Linken, Berlin

II. Halbjahr Klausurberatung mit der

Stadtratsfraktion

13. August Sommerfest im Hof

1. September Weltfriedenstag

30. Oktober Stadtparteitag

13./14. November Landesparteitag

6. Dezember Nikolausfest des SV

## 11. Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Todesmärsche 1945 in Leipzig und durchs Muldental

Am 8. Mai 2010 jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges und der Tag der Befreiung von der Nazidiktatur zum 65. Mal. Noch in den letzten Kriegstagen versuchten SS und Gestapo, die von ihnen begangenen Verbrechen durch neue Verbrechen zu verwischen. Konzentrationslager, Zwangsarbeitslager und Haftlager der verschiedensten Art wurden durch sie geräumt und tausende dem Tod entronnene Häftlinge auf Todesmärsche geschickt. Leipzig war ein Ausgangspunkt dieser Todesmärsche.

Um die Erinnerung an die vielen Opfer, deren Qualen und deren Tod aufrecht zu erhalten und um ihrer zu gedenken, beteiligt sich der Bund der Antifaschisten (BdA) e. V. Sitz Leipzig seit 2001 an dem Gedenkmarsch.

Seit 2009 beginnt der Gedenkmarsch am Mahnmal in Abtnaundorf. In diesem Jahr werden zwei Orte durch ein festes „Wegezeichen“ gekennzeichnet, damit



die historischen Orte in Leipzig vielen „auffallen“; Heiterblickstraße 26/28 und Kamenzer Straße 10.

Erinnerung an das historisch Geschehene wollen wir verbinden mit noch mehr Wachsamkeit gegenüber heutigen Tendenzen extremer Rechter.

Beteiligen Sie sich an diesem Gedenkmarsch!

Vorbereitet von Gruppen „Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche 1945“ Leipzig und Wurzen, BdA mit Sitz in Leipzig und NDK – Wurzen.

### Ablauf des Gedenkmarsches in Leipzig am 2. Mai 2010

8.30 Uhr Abfahrt mit Bus von Leipzig Hbf – Ostseite nach Abtnaundorf

9:00 Uhr Mahnmal in Abtnaundorf / Theklaer Straße Eröffnung durch Renate Peinel (Vorsitzende BdA Leipzig) und Geleitworte von Dr. Barbara Höll (MdB) und Herrn Charles Constable (Zeitzeuge)

9:30 Uhr KZ der Erla-Werke Heiterblick Straße 26/28 Enthüllung Wegezeichen und Geleitworte von Daniela Kolbe (MdB)

10:30 Uhr Kundgebung ehemaliges KZ-Außenlager der

HASAG, Kamenzer Str. 10, Enthüllung Wegezeichen und Geleitworte Monika Lazar (MdB) und Herr Charles Constable (Zeitzeuge)

11:00 Uhr Abfahrt mit Bus in Richtung Wurzen

### Ablauf Gedenkmarsch im Leipziger Land

9:00 Uhr Borsdorf / Heimatmuseum Leipziger Straße Eröffnung  
10:00 Uhr Gerichshain / Parkplatz am Gasthof

11:00 Uhr Machern / Lindenstraße  
11:30 Uhr bis 12:30 Uhr Deuben / Gasthof / Pause und Imbiss  
12:50 Uhr Bennewitz / Gedenkstein am Jugendhaus

14:00 Uhr Gedenken auf dem Friedhof Wurzen, Kranzniederlegung  
ca. 14:30 Uhr Ende des Gedenkmarsches - Rückfahrt mit Bus nach Leipzig (Ankunft ca. 15:20 Uhr am Hauptbahnhof)

Gefördert im Rahmen des Bundesprogrammes „VIELFALT TUT GUT“, Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Weitere Infos unter:

[www.leipzig-gedenkt.de](http://www.leipzig-gedenkt.de)

und

[www.gedenkmarsch-leipzig.de](http://www.gedenkmarsch-leipzig.de)

Renate Peinel

## Einladung zur Marx-Ehrung

In Leipzig errichtet man gern Denkmäler für ehemalige Gebäude. Das Relief „Karl Marx und das revolutionäre, weltverändernde Wesen seiner Lehre“ hätten manche am liebsten in Stücke gehackt. Doch die Bilderstürmer haben sich in diesem Falle bisher nicht durchsetzen können. Das Kunstwerk steht seit Sommer 2008 auf dem ehemaligen DHFK-Gelände, leicht zugänglich von der Marschnerstraße oder durch den Haupteingang der Sportwissenschaftlichen Fakultät in der Jahnallee.

Wir rufen dazu auf, sich

**am 5. Mai, dem Geburtstag von Karl Marx, um 17 Uhr vor dem Relief**

gemeinsam mit uns zu seinen Ehren zu treffen.

Worte zum Thema spricht Genosse Dr. Klaus Hesse, Leipzig, Mitglied der DKP.

Ortsverband Waldstraßenviertel der Partei DIE LINKE

## Veranstaltungsreihe „Die Rolle der Gewerkschaften heute!“ der AG betrieb&gewerkschaft in und bei DIE LINKE. Leipzig erfolgreich gestartet!

Am Dienstag, den 23. März 2010, fand im Leipziger Volkshaus die Auftaktveranstaltung der Veranstaltungsreihe „Die Rolle der Gewerkschaften heute!“ statt. 35 Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen sind der Einladung gefolgt,

debattieren. Es wurde in guter und solidarischer Atmosphäre über die Doppelrolle der Gewerkschaften gesprochen. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, dass die Gewerkschaften systemstabilisierend agieren und wirken, aber durchaus auch systemkris-



um gemeinsam mit unseren Gästen, Cornelia Falken (GEW Kreisvorsitzende Leipzig-Stadt), Ines Jahn (Geschäftsführerin des ver.di Bezirkes Leipzig/Nordsachsen) und Sieglinde Merbitz (1. Bevollmächtigte der IG Metall Leipzig) über das Thema zu diskutieren und zu

tisch sein müssen! Fragen wie „Wie viel Verständnis darf eine Gewerkschaft für den Kapitalismus aufbringen?“, „Wie viel Verantwortung haben die Gewerkschaften und welche Rolle spielen die Gewerkschaften gesamtgesellschaftlich?“, „Ist die Lohnzurückhaltung der

vergangenen Jahre, in Bezug auf die jetzige Krise, richtig gewesen?“ waren ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Alle Teilnehmer waren sich sicher, dass es gelingen muss, über gesamtgesellschaftliche Fragen wie z. B. Verkürzung der Arbeitszeit, Mindestlohn, prekäre Beschäftigung und Leiharbeit, ein breites partei- und gewerkschaftsübergreifendes, von Vereinnahmung freies Bündnis zu bilden, um eine größere Akzeptanz in der Gesellschaft zu erreichen. Fazit des Auftaktes ist, dass mit der Veranstaltung ein großartiges Signal an die Gewerkschaften, seitens der AG betrieb&gewerkschaft in und bei DIE LINKE. Leipzig gesendet wurde, aber auch seitens der Gewerkschaften an uns. Es wurde ein solides Fundament gelegt, um zukünftig in enger und vertrauensvoller Weise zusammenarbeiten zu können. Fazit ist auch, dass es erfreulich ist, dass über die Hälfte der TeilnehmerInnen GewerkschaftlerInnen ohne Parteibindung waren. Bedauerlich ist, dass es uns nicht gelungen ist, eine breite Mitgliedschaft der Partei DIE LINKE. Leipzig für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren. Es bedarf zukünftig noch größerer Anstrengung, auf die Notwendigkeit von Gewerkschaften hinzuweisen.

Wir stehen am Anfang der Debatte und es waren sich alle einig, dass die Veranstaltungsreihe richtig, wichtig und gut ist und dass es eine Fortsetzung geben muss.

**Thomas Netzer & Andreas Elze**  
Sprecher der AG betrieb&gewerkschaft  
DIE LINKE. Leipzig

### Sammelaktion der AG cuba si Leipzig der Partei DIE LINKE

Am Dienstag, dem 11. Mai 2010, 15:00 - 18:00 Uhr, Liebknechtshaus, Braustraße 15 (bei schönem Wetter im Garten, sonst im AG-Zimmer, 2. Etage) Sammelaktion zur materiellen Solidarität mit Kuba

- Fahrräder ab Baujahr 1995
- Fahrradersatzteile aller Art
- Bettwäsche, Handtücher
- Seife, Handwaschpaste, Waschpulver
- Spielzeug, insbes. didaktisches Spielzeug, Musikinstrumente
- Bastelmaterial, Schreibutensilien u. -material
- Handwerkszeug für Haus, Hof, Garten und Werkstätten
- Klempner- und Installationsbedarf

- Schrauben, Muttern, Unterlegscheiben usw.
- Krankenhausbedarf, Hygiene- u. Verbandsmaterial
- Arbeitsschutzbekleidung
- Maschinen für Metall-/Holzbearbeitung sowie Baugeräte
- Werkzeuge und Geräte für die Landwirtschaft, Pumpen, Motoren, Generatoren (Diesel)

**Bitte keine Oberbekleidung und keine Medikamente!!**

## **Rente mit 67 ist Irrweg / DIE LINKE fordert von Staatsregierung Bundesratsinitiative zur Rückkehr zur Rente mit 65**

Zur Antwort der Staatsregierung auf eine von ihm gestellte Anfrage (Landtagsdrucksache 5/1576) erklärt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion Dr. Dietmar Pellmann:

Im Jahr 2008 (Zahlen für das Vorjahr liegen noch nicht vor) gingen in Sachsen fast 35.000 Menschen in Altersrente; nur etwas mehr als 7.000 davon hat-

ten das 65. Lebensjahr vollendet und bezogen damit Regelaltersrente. Fast 28.000 und damit vier Fünftel waren Frührentner. Nicht alle davon mussten jedoch einen dauerhaften Abschlag in Kauf nehmen, immerhin jedoch fast die Hälfte.

Wer angesichts dieser Fakten, so wie die Sächsische Staatsregierung und

die sie tragende Koalition, am neuen Renteneintrittsalter mit 67 Jahren fest hält, ignoriert bewusst die Realität und macht sich des Rentenraubes schuldig. Die Fraktion DIE LINKE fordert die hiesige Regierung daher erneut auf, sich mit einer Initiative im Bundesrat für die Wiedereinführung des Renteneintrittsalters mit 65 Jahren einzusetzen. Die Linksfraktion wird dazu einen entsprechenden Antrag in den Geschäftsgang des Landtages einbringen.

## **Freiwillige Teilzeit von Lehrer/innen ist der Kompromiss!**

Zum Antrag „Nachhaltige Sicherung des Bildungsstandortes Sachsen – Konsequenzen aus den Sondierungsgesprächen der Tarifpartner“ der Fraktionen DIE LINKE, SPD und GRÜNEN erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Cornelia Falken:

Ich möchte mich beim CDU-Schulpolitiker Colditz für seine heutige Rede bedanken, die ihm sicher nicht leicht gefallen ist. Was die FDP hier betreibt, ist gemessen an ihren Versprechungen vor der Wahl schlicht Wahlbetrug.

An den Grundschulen ist der Lehrer-

mangel schon mancherorts angekommen – mit Unterrichtsausfall bis hin zur Aussetzung der Notengebung an einer Leipziger Grundschule. Da insgesamt die Schülerzahlen steigen, ist eine Fortsetzung der Zwangs-Teilzeit nicht akzeptabel.

Wenn Minister ihre Festlegungen schon in den Medien treffen, haben Gewerkschafter keinen Grund, Gespräche zu führen. Die Staatsregierung zieht das Schwert der Kündigungen, aber ihre Strategie, 80 Prozent zu zahlen und 120 Prozent Leistung zu bekommen,

kann nicht funktionieren.

Es kursieren auch völlig falsche, überhöhte Zahlen zum Lehrereinkommen, mit denen die Bevölkerung desinformiert wird. Dass die Lehrer/innen nach 20 Jahren eine Ost-West-Anpassung als Angestellte erhalten haben, kann sich die Staatsregierung zudem nicht als große Wohltat anrechnen.

Die Staatsregierung hat die Chance, das Angebot einer Hälfte der Lehrerschaft anzunehmen, bei Teilzeit zu bleiben. Nach ihren Zahlen noch vor ein paar Wochen war von 978 zu viel Stellen die Rede, nun von 2.000. Eine freiwillige Teilzeit ist der Kompromiss – den sollte die Regierung annehmen!

## **LINKE fordern von Sachsens Staatsregierung offenes Wort gegen Wohnkostenpauschale für Hartz-IV-Betroffene**

Zum „Vorschlag“ der Einführung einer Wohnkostenpauschale für Hartz-IV-Betroffene durch die Bundesagentur für Arbeit erklärt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dr. Dietmar Pellmann:

Es mehren sich die Versuche, in Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar über die Hartz-IV-Regelsätze durch die Hintertür Einspareffekte auf dem Rücken der Betroffenen zu erzielen und so den Geist der Karlsruher Entscheidung in das Gegenteil zu verkehren. Jüngstes Beispiel dafür ist der Testballon des Vizechefs der Bundesagentur für Arbeit; Heinrich Alt, zur Einführung einer Wohnkostenpauschale. Offensichtlich ist Herr Alt von der schwarz-gelben Regierungskoalition bewusst in Stellung gebracht

worden, um die Reaktionen auf derartige Ansinnen zu testen. Denn dass solche Vorstellungen schon lange im Sozialkürzungstresor, der nach der Wahl in NRW geöffnet werden wird, liegen, ist kein Geheimnis.

Würde es nämlich zur Einführung einer solchen Pauschale kommen, wäre das mit weiteren tiefen Einschnitten in die Lebenslage von Langzeitarbeitslosen und ihren Familien verbunden. Provokiert würden Umzüge in Wohnungen schlechterer Qualität. Wer dem entgegen will, müsste einen Teil der Miete aus dem Regelsatz aufbringen und so auf Nahrung oder Kleidung verzichten. Wiederum wären davon in erster Linie Kinder betroffen. Bei alledem wären jene noch stärker benachteiligt, die in besonders finanzschwachen Kommu-

nen leben.

Die Fraktion DIE LINKE steht an der Seite von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Mieterorganisationen, die umgehend Proteste angekündigt haben. Sie erwartet von der sächsischen Staatsregierung eine klare öffentliche Stellungnahme gegen die Einführung von Wohnkostenpauschalen und endlich Initiativen auf Bundesebene zur Festlegung von verbindlichen Kriterien darüber, was als Angemessenheit der Wohnung gilt. Bislang hat sich der Bund dieser Forderung verweigert und den schwarzen Peter den Kommunen zugeschoben.

Wir bleiben bei unserem Grundsatz: Wohnen nach heutigen Standards ist ein Menschenrecht. Wer es, wie Herr Alt antastet, muss sich fragen lassen, ob er eine herausgehobene Position in einem so sensiblen sozialen Bereich wie der Agentur für Arbeit bekleiden kann.

## **LINKE begrüßt Untersuchungen zu Verbesserungen für den Radverkehr im Süden, will aber weitere Straßen einbezogen wissen**

Angesichts der verkehrspolitisch schwierigen Situation in der Südvorstadt und vor dem Hintergrund anstehender Straßenbau- und Stadtbahnausbaumaßnahmen begrüßt die Fraktion DIE LINKE die Initiative der Stadtverwaltung zur Prüfung besserer Radverbindungen zwischen der Südvorstadt und der Innenstadt.

In diese umfassenden Untersuchungen müssen jedoch neben der Bernhard-Göring-Straße auch die August-Bebel-Straße und die Harkortstraße sowie die Karl-Liebknecht-Straße, die Arthur-Hoffmann-Straße und die Kohlenstraße einbezogen werden. Eine einseitige

Festlegung auf eine Fahrradstraße, die Bernhard-Göring-Straße, kann dazu führen, dass sich die Bedingungen für den Radverkehr zwischen dem Leipziger Süden und der City sogar verschlechtern.

Offensichtlich gibt es in dieser Diskussion viele unterschiedliche Vorstellungen davon, was der Begriff „Fahrradstraße“ bedeutet.

Laut StVO kann in einer Fahrradstraße auch Kfz-Verkehr in beiden Richtungen zugelassen werden, welcher diese dann allerdings nur mit mäßiger Geschwindigkeit befahren darf (siehe Erläuterung zum Zeichen 244 der StVO).

Die Zielstellung einzelner, mittels einer als Fahrradstraße gekennzeichneten normalen Straße für alle Verkehrsarten mit Tempolimit 30 km/h den Radverkehr aus der Karl-Liebknecht-Straße zu verdrängen, lehnen wir mehrheitlich ab. Dies wäre nicht nur zum Nachteil der Radfahrer, sondern auch der sehr lebendigen Karli.

Die Pro oder Contra-Äußerungen von SPD, Grünen und CDU halten wir daher für verfrüht. In Abhängigkeit von einem soliden Prüfergebnis sollte sich der Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau mit dem ADFC und dem Studentenrat und allen anderen Betroffenen auf eine akzeptable Variante verständigen.

**Jens Herrmann**

## **EUGH-Urteil stärkt Selbstbestimmungsrecht sowie die Hoheit der Kommunen bei der Stadtentwicklung**

Der Beschluss des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) vom 25. März 2010 zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge lässt beim Verkauf eines Grundstücks der öffentlichen Hand, auf dem der Grundstückskäufer Bauleistungen durchführen will, die Bindung an städtebauliche Ziele einer Gebietskörperschaft wie einer Kommune zu. Dies stärkt nach Auffassung von Siegfried Schlegel, Sprecher der Linksfraktion für Stadtentwicklung das Selbstbestimmungsrecht sowie die Hoheit der Kommunen bei der Stadtentwicklung, auch beim Verkauf eigener Grundstücke.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte sich infolge von Urteilen, die in anderen Bundesländern umstrittenen waren, an den Europäischen Gerichtshof gewandt. Das EUGH-Urteil bestätigt auch die von der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat im vergangenen Jahr

im Zusammenhang mit einem Investorenwettbewerb auf der Alten Messe vertretene Auffassung, dass eine europaweite Ausschreibung von städtischen Grundstücken auch bei städtebaulichen Vorgaben, wie durch ein Bebauungsplanverfahren, nicht erforderlich ist. Ebenso war bereits im vergangenen Jahr unsere Auffassung, dass sich bei Mietkauf oder einer längerfristigen Anmietung eines Gebäudes auf einem von der Stadt verkauften Grundstück die Ausschreibungspflicht bei Überschreitung von Wertgrenzen nach der europäischen Richtlinie 2004/18 zur gemeinschaftlichen Koordinierung für die Vergabe von Dienst- oder Bauleistungen ergibt, nicht aber aus dem Grundstücksverkauf.

Entgegen dem wiederholt in die Debatte gebrachten Verbot der Zweckbindung von Verkäufen städtischer Grundstücke an Nutzungsarten sowie städte-

baulichen Vorgaben vertreten wir die Auffassung, dass dies der kommunalen Planungshoheit widersprechen würde. Eine Aushebelung der kommunalen Planungshoheit durch die EU dürfte undenkbar sein, da die Bundesrepublik dem aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zustimmen dürfte. Der EUGH urteilte in der Weise, dass der Umstand, dass eine Behörde „ihr vorgelegte Baupläne prüft oder eine ihrer städtebaulichen Regulierungszuständigkeiten eine Entscheidung trifft“, als bloße Gründe zur Anwendung der EU-Richtlinie 2004/18 nicht ausreichen.

Für die Alte Messe kommt noch dazu, dass die Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft (LEVG) Grundstücke dieses Stadtquartiers für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten seit über 15 Jahren national und international vermarktet. Das EUGH-Urteil legitimiert zeitgleich das vom Aufsichtsrat der LEVG gewählte Verfahren des Wettbewerbs nur mit interessierten Bietern.

**Siegfried Schlegel**

## **Die Rechenkünstler aus Nürnberg**

Wie die Presse mitteilte soll die Frühjahrsbelegung auf dem deutschen Arbeitsmarkt kräftiger ausgefallen sein, als von vielen Experten erwartet. Wie die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg gleichfalls am Mittwoch mitteilte,

sei die Zahl der Erwerbslosen im März gegenüber dem Vormonat um 75.000 gesunken sein. Die Arbeitslosenquote sank dadurch im März 2010 auf 8,5%. Das Bremer Institut für Arbeit und Jugendberufshilfe hat wieder einmal ge-

nauer hingesehen und auf der Internetseite der Bundesagentur für Arbeit erstaunliches Zahlenmaterial gefunden. Im Vergleich zum März 2009 ist laut Internetportal der Bundesagentur die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG und ALG II) um 180.000 Per-

sonen gestiegen, die Zahl der Arbeitssuchenden stieg im gleichen Zeitraum um 130.000 Menschen, und die Zahl der Menschen in Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) war laut Bundesagentur um 143.000 gestiegen.

Dagegen sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen vom März 2009 zum März 2010 um 18.000 Erwerbslose! Wären die Führungskräfte der Bundesagentur beim Vermitteln von Erwerbslosen in Arbeit genau so kreativ wie bei

der Erstellung der offiziellen Arbeitslosenstatistik, in Deutschland gäbe es schon längst keine Arbeitslosigkeit mehr.

Naomi-Pia Witte

## **Einigung auf eine Grundgesetzänderung bei der Neuorganisation der ARGE ´n ist zweiseitiges Schwert**

Die Einigung auf eine Änderung des Grundgesetzes nimmt die Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat mit zweiseitigen Gefühlen auf.

Einerseits ist es gut, dass für die betroffenen Menschen endlich eine Betreuung aus einer Hand sichergestellt ist und ihnen nicht zwei Behörden mit getrennten Aufgaben gegenüberstehen.

Andrerseits wird die diskriminierende Trennung von Erwerbslosen in die Bezieher von ALG I, die weitestgehend gesellschaftlich akzeptiert sind, und in die Bezieher von ALG II, die in den letzten Wochen Angriffspunkt einer diffamierenden und verleumderischen Kampagne waren, im Grundgesetz zementiert.

Für die Stadtverwaltung wäre der ur-

sprüngliche Plan getrennter Aufgabenwahrnehmung mit einem erheblich gestiegenem Verwaltungsaufwand und damit zwangsläufig höheren Kosten versehen gewesen. Darüber hinaus wäre die Partnerschaft „auf Augenhöhe“ zwischen Bundesagentur und Kommune einem Unterwerfungsverhältnis der Kommunen unter die Bundesagentur gewichen.

Auch die Festschreibung der Optionskommunen in das Grundgesetz – und das in weit höherer Zahl als im laufenden Feldversuch – ist problematisch. Mit ihr wird ein Flickenteppich der Zuständigkeiten über die Republik ausgerollt, der zur Folge hat, dass die hier betreuten Erwerbslosen sich nicht auf die Richtlinien der Bundesagentur berufen können. Hier haben Verfahrensabläufe

der Bundesagentur keine Gültigkeit, was für die Erwerbslosen unnötige Rechtsunsicherheit bedeutet.

Weiterhin hat es sich gezeigt, dass die ARGE ´n bei aller Unzulänglichkeit doch noch ein bisschen besser gearbeitet haben als die Optionskommunen. Sie konnten etwas bessere Vermittlungsergebnisse nachweisen. Jene Ausweitung der Anzahl der Optionskommunen war wohl eine Verbeugung vor dem Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, der das Problem der Langzeiterwerbslosigkeit ja am liebsten ganz auf die Kommunen abwälzen würde.

DIE LINKE fordert, dass alle Erwerbslosen ohne diskriminierende Unterscheidung von der Bundesagentur für Arbeit betreut werden. Die damit bei den Kommunen eingesparten Kosten der Unterkunft für die ALG II Bezieher könnten dann ein erster Beitrag zur Konsolidierung der prekären Finanzlage in den Kommunen sein.

Naomi-Pia Witte

## **Eins, zwei drei meins? Ein Kitaplatz in Leipzig ist nach wie vor ein Glücksspiel**

Die Ankunft eines Neugeborenen ist ein wunderbares Geschenk. Doch spätestens bei der Suche nach einem Kitaplatz muss jede Familie in Leipzig spüren, dass es so einfach mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht ist. Krippenplätze sind seit Anstieg der Geburtenrate rar, mittlerweile ist der Mangel akut. Auch einen Kindergartenplatz bekommt man heute nur mit einer gehörigen Portion Glück.

Anders sah es bislang aus, wenn man ein zweites oder drittes Kind erwartete. Hier galt die Regelung, dass Kinder, deren Geschwister bereits eine Einrichtung besuchen, bevorzugt aufgenommen

wurden. So blieb Eltern erspart, am Morgen und am Nachmittag vor bzw. nach der Arbeit mehrere Einrichtungen aufzusuchen und im Zweifelsfall Leipzig einmal zu durchqueren. Das hat sich mit dem steigenden Bedarf geändert. Seit Einführung des Eltern(!)portals im Internet, auf dem vorhandene Kita-Plätze eingestellt werden, kommt es vor, dass Einrichtungen Geschwisterkinder abweisen mit dem Hinweis, man könne nur über das Internet einen Platz erhalten. Dass der dann am anderen Ende der Stadt liegt, spielt keine Rolle. Familienfreundlichkeit sieht anders aus.

Aus diesem Grund stellt die Fraktion DIE LINKE in der kommenden Stadtratsitzung die Anfrage an den Oberbürgermeister, welche alternativen Formen der Anmeldung für Eltern es gibt. Das Elternportal wird nicht allen Anforderungen gerecht. Die Verwaltung muss das endlich zur Kenntnis nehmen. Die Rückkehr zu handgeschriebenen Listen, auf denen Eltern mit Platzwunsch vermerkt werden, ist andererseits auch keine Lösung. Das Elternportal muss überarbeitet werden und endlich auch die Elternseite in die Anwendung implementieren. Darüber hinaus wollen wir wissen, ob die Geschwisterregelung nach wie vor gilt und sich Eltern darauf berufen können.

Dr. Skadi Jennicke

Die neue Internetseite der Fraktion im Leipziger Stadtrat ist online und unter  
**[www.linksfraktion-leipzig.de](http://www.linksfraktion-leipzig.de)**  
 erreichbar.

## Regelmäßige Termine

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

### AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,  
Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

### AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 18:30 Uhr

### AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

### AG Diskurs

nach Absprache

### AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

### AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

### AG Lisa

jeden 1. Dienstag, 18:30 Uhr

### AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

### AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

### GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

### GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

### ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

### Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

### Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

### Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

### Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

### Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr

### Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

## Terminvorschau

### Mo., 26. April 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Monika Runge, Gorkistraße 120

### Mo., 26. April 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

### Mo., 26. April 2010 - 18:00 Uhr

Programm Diskussion mit Prof. Klaus Kinner, Seniorentreff des DRK, Stötteritzer Landstraße 45.

### Mo., 26. April 2010 - 18:00 Uhr

Bürgerforum: Ene, mene muh und raus bist du! – Kinderarmut in Leipzig“, mit Cornelia Falken, Edith Franke, Michael Oertel, Rocco Thiere, Moderation: Dr. Skadi Jennicke.

### Di., 27. April 2010 - 12:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Bürgerbüro Gorkistraße 120.

### Di., 27. April 2010 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion Wolfgang Heises Entwurf einer Weltkulturgeschichte. Mit

Prof. Dr. Renate Reschke, Moderation: Prof. Dr. Karl-Heinz Schwabem, RLS.

### Mi., 28. April 2010 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Kulturpolitik in Leipzig – Was wollen wir als Linke? Mit Dr. Skadi Jennicke, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a.

### Do., 29. April 2010 - 17:00 Uhr

Bürgerforum mit Dr. Herbert Löser zum Thema: "Rentenangleichung in Ost und West", Bürgerbüro Höll/Runge, Gorkistraße 120.

### Do., 29. April 2010 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Der Mensch – weder Herr noch Sklave der Natur. Mit Dr. Eva Lehmann, Philosophin und Autorin, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

### Mo., 3. Mai 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit den Stadträtinnen Skadi Jennicke und Birgitt Mai, Anker, Renftstraße 1.

### Mi., 5. Mai 2010 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgertreff Volkmarisdorf, Konradstraße 60a.

### 6. Mai 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

### 8. Mai 2010 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen

"Im Morgengrauen ist es noch still". Eintritt ist frei. LHL.

### Mo., 10. Mai 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

### Mo., 10. Mai 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Monika Runge, Bürgerbüro Gorkistraße 120.

### Di., 11. Mai 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Naomi-Pia Witte, Bürgerbüro Georg-Schwarz-Str. 8.

### Di., 18. Mai 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 186.

### Do., 27. Mai 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

## Hartz IV

## Notruftelefon

01578 – 352 20 14

Mo. bis Sa.

8:00 bis 20:00 Uhr

## Heraus zum

## 1. Mai 2010

10:00 Uhr DGB-Veranstaltung auf dem Augustusplatz

14:00 Uhr DIE LINKE-Maifeier auf dem Hof des Liebknecht-Hauses

### Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 5/2010 ist Donnerstag, 6. Mai 2010. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.